

8. März 2012

DIE ZEIT

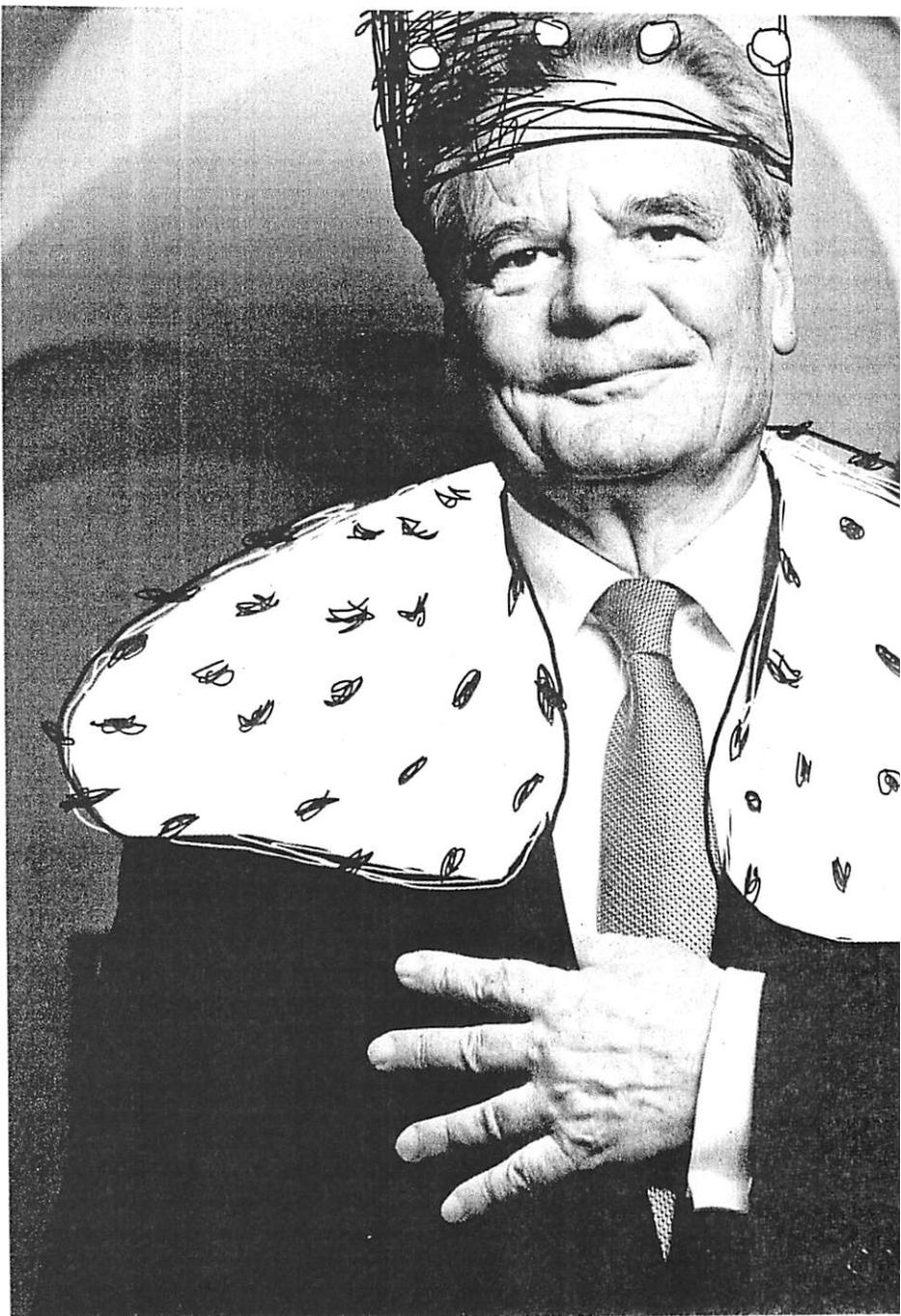
Nachdem nun mit Joachim Gauck ein Nachfolger für den gescheiterten Christian Wulff gefunden wurde, scheint die Würde des Amtes wiederhergestellt zu sein – so wird allenthalben kommentiert. Was aber meint eigentlich die Würde des Amtes, die in den letzten Wochen so oft beschworen und vermisst wurde? Und worin besteht die Bedeutung des Amtes? Das Amt des Bundespräsidenten wird stark eingehegt – es wird von konkreter Machtausübung ferngehalten und paradoxerweise politisch aus dem politischen Prozess herausgehalten. Es scheint eine transzendente Position zu sein – sie befindet sich im Jenseits der politischen Differenzen, muss aber der Logik der politischen Auseinandersetzung folgend besetzt werden, wie wir ja anlässlich der Kandidatenkür ziemlich deutlich beobachten konnten.

Dass Ämter in einer Demokratie durch Mehrheiten legitimiert werden, ist selbstverständlich. Nicht nur das: Es ist der einzige Mechanismus, der dem politischen System zur Verfügung steht, um Macht von Willkür zu befreien. Ausgestattet mit diesem Mechanismus, ist staatlich-politisches Handeln allgemein legitimiert und wird dadurch entscheidungsfähig, weil alles, was politisch geschieht, auf die Unterscheidung von Regierung und Opposition, von politischen Positionen, von Machtkonstellationen festgelegt ist.

In dieses Spiel der Kräfte ist jeder politische Satz geradezu eingemauert und eingemeißelt. Das Publikum kann letztlich politische Sätze kaum frei von dieser Codierung wahrnehmen. Selbst wer gute Absichten oder gute Sachargumente hat, wird vor allem daraufhin beobachtet, welchen politischen Sinn diese Absichten und Argumente haben. Man kann einen amtierenden Bundespräsidenten dann nicht jenseits dieses Kalküls kritisieren oder verteidigen – und auch keinen neuen vorschlagen oder verwerfen.

Dies freilich ist eine Grunderfahrung moderner Gesellschaften – vieles, was geschieht, ist doppelcodiert. Wie ein gutes Argument eines Unternehmens fast zwangsläufig daraufhin beobachtet wird, ob es nicht von ökonomischen Interessen gespeist ist, oder wie jedes Argument eines Juristen in einem Rechtsstreit letztlich als Ausdruck eines Parteinteresses erscheinen muss, wird jeder politische Satz daraufhin beobachtet, was er im diffizilen Geflecht von erworbener oder erstrebter Macht bedeutet.

Im Falle der Kritik an Christian Wulff und im Falle der sich nach nur eineinhalb Jahren wiederholenden Kandidatenkür freilich stieß diese Routine auf. Das liegt nicht daran, dass man nicht wüsste, dass auch der Bundespräsident innerhalb eines solchen politischen Prozesses gewählt und legitimiert wird. Es fällt deshalb besonders auf, weil das Amt des Bundespräsidenten schon verfassungsrechtlich, vor allem aber habituell aus der Doppelcodierung des Politischen herausgelöst werden soll, dies aber umso schwieriger ist, je sichtbarer und schneller eine geeignete Person gefunden werden muss. Dass man sich nun auf Gauck als überparteilichen Kandidaten geeinigt



Es lebe der König!

Am 18. März soll Joachim Gauck zum Bundespräsidenten gewählt werden. Das ist ein Eigentümliches Amt. Es besetzt politisch die Funktionsstelle, die früher der Monarch innehatte

VON ARMIN NASSEHI

hat, ist sicher auch jener notwendigen Schnelligkeit und Sichtbarkeit geschuldet, die sich nach dem Scheitern von Christian Wulff eingestellt hat. Das Unbehagen stellt sich ein, weil letztlich eine Person mit Mitteln legitimiert werden müsste, die dem politischen System gar nicht zur Verfügung stehen.

Man wird sogleich an das berühmte Diktum des ehemaligen Bundesverfassungsrichters Ernst-Wolfgang Böckenförde erinnert, wonach der freiheitliche, säkularisierte Staat von Voraussetzungen lebe, die er selbst nicht garantieren könne. Man hat das gerne als eine Kritik an der allein säkularen Selbstbegründung freiheitlicher Demokratien gelesen. Genau besehen, verweist es aber darauf, dass das Problem der Selbstbegründung des Politischen nicht wirklich politisch gelöst werden kann.

Diese Fragilität wurde in vordemokratischen Zeiten durch den Monarchen gelöst – aber nicht durch dessen Entscheidungen, die auch anders hätten ausfallen können, sondern allein dadurch, dass der Monarch ein Monarch war und sich in ihm die ständischen Korporationen fokussierten. Man hat deshalb den Monarchen eher als Körper angesehen, als eine Faktizität, die durch Geburt, durch Gottes Gnaden oder Vorsehung ins Amt kam. Sein Körper, seine Faktizität symbolisierten eine politische und gesellschaftliche Einheit, die letztlich transzendental gestiftet wurde, und sie verkörperte sich geradezu in der Übertragung vom Monarchen auf seinen leiblichen Nachfolger.

Mit dem Prozess der gesellschaftlichen Modernisierung, mit der Emanzipation der Wirtschaft, der Bildung, der Wissenschaft und der Kunst vom monarchischen Zentrum der Gesellschaft musste in der Politik von Faktizität auf Entscheidungen umgestellt werden – mit der Folge, dass die politischen Entscheidungsprogramme von der bloßen Faktizität der Macht in die legitimationsbedürftige Bearbeitung von Entscheidungsalternativen ausgewandert sind.

Damit verlor das Politische seine gesellschaftliche Zentralstellung. Und damit wurde auch die Einheit des Politischen in der Gegenüberstellung von Regierung und Opposition problematisch. Das hat man dadurch gelöst, auch die opponierende Seite als legitimen Teil des politischen Systems anzusehen. Aus zuvor fehlgeleiteten und illoyalen Untertanen wurde deshalb, wie es seit 1826 im Vereinigten Königreich heißt, *Her Majesty's Loyal Opposition*. Die Einheit des politischen Streits wird damit in der postabsolutistischen konstitutionellen Monarchie nicht durch Versöhnung der Positionen, sondern durch Fokussierung auf ein politisches Zentrum ermöglicht, das immer schon da ist und somit dem Politischen zugleich inhärent und entzogen ist.

Der Bundespräsident ist natürlich kein König – aber das Amt des Bundespräsidenten sitzt exakt an der Funktionsstelle, an dem konstitutionelle Monarchen sitzen. Allerdings sind Bundespräsidenten, anders als Monarchen, nicht immer schon da. Und deshalb symbolisiert dieses Amt die merkwürdige Paradoxie des Politischen, das tatsächlich seine eigenen Voraussetzungen nicht garantieren kann. Der Bundespräsident kann das auch nicht,

aber er kann diese Paradoxie repräsentieren und deshalb gerade wegen seiner Machtlosigkeit darauf hinweisen, dass die politische Rede immer doppelt codiert ist – zwischen sachlichem Argument und machtpolitischem Kalkül.

Im Amt des Bundespräsidenten kann Politisches angesprochen werden, ohne dass dies wieder politisch aufgelöst werden muss. Genau das kann das Wort des Bundespräsidenten von der Doppelcodierung des Politischen emanzipieren. Und genau deshalb liegt die Macht dieses Amtes darin, sich nicht im Spiel von Machterwerb und Machtverlust zu verlieren.

Denn anders als der Körper des Königs muss dieser Körper reden und kann sagen, was allen anderen Akteuren im politischen System verwehrt ist. Die britische Queen etwa darf politisch nur sagen, was der Premierminister ihr aufgeschrieben hat – als Verkörperung gewissermaßen. Der Bundespräsident dagegen muss sagen, was die Kanzlerin nicht sagen kann und vielleicht auch nicht sagen will. Er muss nicht Sinn stiften – aber er muss in der Lage sein, die Differenz der Perspektiven innerhalb der Politik und zwischen den Wirkkräften der Gesellschaft zu benennen. Das aber kann er nur, wenn man über ihn selbst schweigen kann und wenn er nicht von der Politik selbst abhängt. Deshalb war wohl die Schlüsselszene von Wulffs Amtszeit sein Beharren darauf, dass auch der Bundespräsident nur ein Mensch sei.

Wie in einer Liturgie die Wandlung ist die Wahl in der Bundesversammlung letztlich der Moment, der aus einem Kandidaten einen Körper macht, freilich einen sprechenden Körper jenseits der politischen Lager – dies wurde nun durch die Nominierung von Joachim Gauck als überparteilichem Kandidaten schon vor der Wahl sichergestellt. Das politische Ränkespiel insbesondere innerhalb der Koalition, das zu dieser Nominierung geführt hat, begann schon Minuten nach der Nominierung zu verblassen – und damit scheint auch das wiederhergestellt zu sein, was man die Würde

ANZEIGE



NDRkultur
Filmkritiken
von ZEIT-Autoren können Sie auch hören, donnerstags 7.20 Uhr.

des Amtes nennen kann. Diese Würde ist nichts anderes, als die politische Genese des höchsten politischen Amtes unsichtbar zu machen – wenigstens für den Moment der Präsentation des Kandidaten. Die politischen Konsequenzen für die Regierungspolitik folgen dann wieder der politischen Logik der politischen Doppelcodierung.

Jedenfalls haben wir in den letzten Monaten gelernt, wofür das höchste Staatsamt da ist: um da zu sein!

Armin Nassehi ist Professor für Soziologie an der Universität München und Herausgeber des »Kursbuchs«



Es lebe der König!

Am 18. März soll Joachim Gauck zum Bundespräsidenten gewählt werden. Das ist ein eigentümliches Amt. Es besetzt politisch die Funktionsstelle, die früher der Monarch innehatte VON ARMIN NASSEHI